

## Lehrdienst statt Wehrdienst?

während des KP-Festivals im Sommer des Jahres 1959 in Wien trat den dort anwesenden *nicht*teilnehmenden Beobachtern schlagartig eine Lebensfrage unserer Demokratie vor Augen. Wenn man jenseits der üblichen Propagandaklischees und gegenseitiger Diffamierungen realistische Gespräche führte, einerseits um durch geschickte Fragenstellung die kommunistischen Diskussionspartner auf ihre Linientreue zu testen, andererseits um sie zum Nachdenken zu bringen, dann stellte man folgendes fest: die Kommunisten wußten die fragwürdigsten Ereignisse und Methoden mit den (scheinbar) schlagendsten Argumenten zu verteidigen, während viele westliche Funktionäre die besten Sachen mit nur sehr unvollkommener und oberflächlicher Argumentation ins rechte Licht zu rücken versuchten. Forschte man diesen sich häufenden alarmierenden Vorfällen nach, dann kam man bald darauf, daß es sich hier keinesfalls lediglich um eine raffinierte Ideologie oder um beträchtliche Intelligenzunterschiede der Diskussionspartner handelte. Die Lösung war einfacher. Die etwa gleichrangigen Funktionäre des Ostens — ob haupt- oder ehrenamtlich — können gezwungenermaßen und freiwillig nicht nur ein mehrfaches (wenn nicht vielfaches) an Zeit aufwenden, um sich gesellschaftliches Wissen anzueignen. Sie werden darüber hinaus von ersten Kräften in der Diskussionstaktik geschult, so daß die oben geschilderten Ergebnisse beinahe zwangsläufig entstehen müssen.

Wenn man den Standpunkt vertritt, Gespräche mit Kommunisten seien zwecklos, es komme nur auf waffentechnische Stärke an, dann wird die dargestellte Festival-Erfahrung nicht beeindrucken. Dann soll man aber auch nicht mehr von Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit reden. Geht man aber davon aus, daß uns die waffentechnische Entwicklung *zwingt*, ein friedliches Nebeneinander verschiedener gesellschaftlicher Systeme zu bejahen, dann bleibt doch neben einer möglichst attraktiven und demokratischen Ausgestaltung des eigenen politischen Systems als logische Konsequenz vor allem die Verbesserung der politischen Bildung, nicht nur um die wachsende Demokratisierung zu fördern, sondern auch um die in Zukunft wahrscheinlich zur Tagesordnung gehörenden Streitgespräche mit Kommunisten erfolgreich zu bestehen.

*Die demokratische Substanz ist in Gefahr*

Prof. G. Wetter SJ sagte einmal bei einer Tagung der Bundeszentrale für Heimatdienst in Niederbreisig in einem Vortrag über den dialektischen Materialismus, daß „der Osten den Materialismus lehrt, während ihn der Westen lebt“. Hinter dieser groben, aber sicher nicht falschen Vereinfachung verbirgt sich tatsächlich ein wesentliches Problem. Wenn man nämlich über Jahre hinaus durch Propaganda und Reklame den höheren Lebensstandard des Westens als eines der Hauptunterscheidungsmerkmale zwischen westlichem und östlichem System predigt, wenn man darüber hinaus laufend die materiellen Glücksgüter, wie Fernsehgeräte, Radio, Eisschrank, Waschmaschine, Auto, Eigenheim usw., in den Vordergrund des Interesses und des Erstrebenswerten rückt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die ideellen Werte und das Bemühen um politische Bildung bzw. um ehrenamtliche Mitarbeit in den staatstragenden Organisationen Schritt für Schritt in den Hintergrund rücken und unmerklich aber erfolgreich abgebaut werden. Der Substanzverlust an Wertsetzungen, die dem demokratischen Zusammenleben zugrunde liegen, hat in den letzten Jahren beängstigende Ausmaße angenommen. Die Tendenz der modernen Konsumgesellschaft, die auf dem unbedingten Verbrauch des ungeheuren bedarfsmanipulierten Warenausstoßes aufgebaut ist bei Gefahr einer gewaltigen Krise, wenn der Markt den Produktionsausstoß nicht mehr bewältigen kann, setzt aber nicht zwangsläufig, sondern nur als eine Möglichkeit unter anderen den Abbau demokratieerhaltender Kräfte voraus. Bei gleichzeitigem und gleichstarkem Bemühen um die Festigung ideeller Wertsetzungen, dem Ausbau der politischen Bildung und der Bereitschaft zur demokratischen Mitarbeit hätte man diese trotz wachsenden Lebensstandards, ja geradezu zur Sicherung des materiellen Erfolges anregen und einsetzen können. Dies geschah aber nicht, so daß wir heute eine Entpolitisierung des westdeutschen Volksteils bei wachsendem Schwund ideeller Wertsetzungen zu verzeichnen haben<sup>1)</sup>.

Das Problem ist gewiß vielschichtiger und komplizierter, als es hier skizziert wurde. Die Nachwirkungen von Krieg und Hitlerzeit sind nicht zu übersehen; aber man hätte sie überwinden können. Die Gefahren der Humboldtschen Bildungstradition mit ihrer bekannten Abwendung vom politischen Geschehen sind nach wie vor gegenwärtig. Der bewußte Versuch, das Volk von politischer Bildung und demokratischen Tugenden abzuhalten, kommt hinzu<sup>2)</sup>. Nicht übersehen werden darf auch die zunehmende Manipulation der Staatsbürger<sup>3)</sup> und das beinahe systematische Wegtrainieren der Denk- und Urteilsfähigkeit durch Sensationspresse, Wochenschau, Freizeitindustrie u. a. Die Vielfältigkeit der Gründe und Ursachen ändert aber nichts an dem Tatbestand, daß durch den Rückgang der ehrenamtlich-ideellen Bereitschaft die Staats- und Parteibürokratie gestärkt wurde, die sich der liegengeliebten Arbeit gern annimmt. Wo sich aber die Bürokratie ungehindert wesentlicher Aufgaben bemächtigen kann, die ihr nach dem Grundgesetz des vorläufigen westdeutschen Teilstaates auch nicht andeutungsweise zustehen, beginnt die dialektische Hexenschaukel — wo eins das andere steigert — ihr teuflisches Werk: Die Ursache der wachsenden Bürokratie wird durch die Wirkung derselben verstärkt.

Das bedenklichste Phänomen aber ist der nicht mehr zu verantwortende Verschleiß an jenen Kräften, die buchstäblich Tag und Nacht wirken, um den gestoppten Demokratisierungsprozeß des westdeutschen Teilvervolkes wieder in Gang zu bringen. Im an-

1) Friedrich Sieburg wies in dem Buch „Die Lust am Untergang — Selbstgespräche auf Bundesebene“ darauf hin, daß im politischen Wetterwinkel Europas die unpolitischsten und ahnungslosesten Staatsbürger sitzen. Die Ursachen dieses ZuStandes sind bei Sieburg ähnlich beschrieben wie hier.

2) Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard forderte z. B. am Vorabend des 1. Mai 1957 über den Rundfunk alle Arbeitnehmer auf, ins Grüne zu fahren, statt an den Kundgebungen des DGB teilzunehmen. Hinter dem unausgesprochenen Wunsch „Die Politik überlaßt uns, der Regierung!“ stehen Wunsch und Meinung, daß es besser sei, wenn sich das Volk nicht um Politik und um gesellschaftsverbessernde Aktionen kümmere. — Audi die bisherige Verhinderung der längst fälligen Schulreform wäre hier zu nennen.

3) Siehe Vance Packard, „Die geheimen Verführer — Der Griff nach dem Unbewußten in Jedermann“.

## LEHRDIENST STATT WEHRDIENST?

erkennenswerten und notwendigen Bemühen um Erhaltung und Ausweitung der demokratischen Substanz geben viele sich selbst preis und schmälern durch ihren Einsatz bis zur physischen Erschöpfung jene Substanz, die sie erhalten und verbessern wollten. Die relativ hohe Sterblichkeitsziffer unserer Parlamentarier ist bekannt. Wenn man eine statistische Erfassung jener Erschöpfungsfälle, verursacht durch Überanstrengung im Dienste der Demokratie, vornehmen würde: ein erschreckendes Bild müßte sich ergeben. Solche Beispiele und Vorbilder aber sind in unserer Zeit kaum geeignet, Unentschlossene für den ehrenamtlichen Einsatz zum Ausbau der Demokratie zu gewinnen.

Prof. *Weinstock* weist darauf hin, daß „über dem gerechten Gesetz, für alle zu sorgen und dem Liebesgebot, die Schwachen besonders zu betreuen .. die dringend notwendige Sorge für die Starken vergessen werde“. Er meint damit jene, die von sich aus mehr „Verantwortungskraft und Freiheitswille“ aufbringen<sup>4)</sup>.

Die östlichen Funktionäre kennen dieses Problem. Sie lächeln darüber, wenn das Gespräch darauf kommt, weil sie hier ihre „Überlegenheit“ demonstrieren zu können glauben. Sie haben ihren *Kaderschutz*, der die im Sinne ihrer Ideologie wertvollsten Kräfte vor dem gleichen Schicksal ihrer politischen Antipoden bewahrt. Mit Schmunzeln verweisen sie darauf, daß im Westen „nur die Reichen“ und „die von ihnen bezahlten Politiker“ in die teuersten Bäder des Landes oder Auslandes fahren, während im Osten die politischen Funktions- und Verantwortungsträger als „die wertvollsten Kräfte“ ihres Systems bevorzugt Schutz vor physischer und geistiger Erschöpfung genießen. Auch wenn man die propagandistische Übertreibung abstreicht, die von den kommunistischen Funktionären immer zu erwarten ist, bleibt ein genügender Rest, der von uns mehr als bisher durchdacht werden muß.

### *Die Zunahme der Wissenssumme*

Noch ein anderes Problem spielt in den hier behandelten Themenkreis hinein. Die Summe dessen, was man wissen könnte, wächst von Tag zu Tag. Leider wächst die Summe des Wissens im Bereich der Naturwissenschaften schneller als im Gebiet der Geisteswissenschaften oder gar der Gesellschaftswissenschaften. Aber immerhin, die Summe wächst, und wer heute gesellschaftsgestaltend und weichenstellend für die zukünftige Entwicklung verantwortbare und zielbewußte Entscheidungen zu treffen hat, der müßte im Idealfalle über die Auswirkungen aller neuen Erfahrungen, Erfindungen und eigener Reaktionsmöglichkeiten Bescheid wissen. Im demokratischen Staat, wo die Mitverantwortung jedes Staatsbürgers für das Schicksal aller zum Prinzip erhoben ist, sollten natürlich möglichst viele befähigt werden, zielklare und verantwortungsbewußte Entscheidungen zu fällen. Kein einzelner, keine Gesellschaftsgruppe und kein Volk möchte sich von späteren Geschichtsschreibern gern den Vorwurf machen lassen, daß man damals (also heute!) auf Grund des bereits Wißbaren und Erfahrbaren die Weichen für die zukünftige Entwicklung ganz anders hätte stellen müssen. Wer heute einmal in Gemeinde-, Kreis-, Landes- und höheren Parlamenten den Verhandlungen folgt, der wird spüren, was hier alles gewußt, überschaut und entschieden werden muß (bzw. werden sollte!).

Die Antwort kann nicht in der Herrschaft der Spezialisten liegen. Nicht nur deshalb, weil in der Demokratie dem notwendigen Spezialistentum nur eine beratende Rolle zukommen darf. Auch deshalb, weil die durch Zunahme der Wissenssumme erforderliche Spezialistenbildung zu einer Atomisierung des sozialen Lebens führen müßte, wenn nicht übergreifende, zusammenordnende Kräfte vorhanden wären.

Wenn aufs Ganze bezogene Entscheidungen vom Standort des notwendig begrenzten Spezialwissens getroffen werden, müssen logischerweise Fehlentscheidungen und zu-

4) Prof. H. Weinstock in „Die politische Verantwortung der Erziehung in der demokratischen Massengesellschaft des technischen Zeitalters“, Heft 33 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst.

fällige Ergebnisse herauskommen. Nur aus der allgemeinen Übersicht über das Ganze, die dem neuen Stand der Entwicklung angepaßt ist, können zielklare und in letzter Konsequenz verantwortungsbewußte Eingriffe in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß vorgenommen werden. Ein mögliches Höchstmaß an Ausschaltung ungewollter Ergebnisse ist aber schon deshalb erforderlich, weil sich die westliche Demokratie in einem gewünschten oder nicht gewünschten, de facto aber vorhandenen Wettstreit mit dem östlichen System befindet. So gesehen, müßte also größter Wert darauf gelegt werden, daß möglichst viele Menschen eine gute Übersicht über den jeweiligen Entwicklungsstand und dessen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben erhalten und nicht im Fachwissen als reiner Spezialität steckenbleiben. — Hier wird auch das Versagen unserer Philosophie aktuell, die in den letzten Jahren oder Jahrzehnten nicht in der Lage war, statt spekulativer Aussagen die Wissenssumme zusammenzufassen und an der Veränderung und Humanisierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit entscheidend mitzuhelfen. Aber das ist ein Problem für sich.

Die Notwendigkeit bleibt bestehen, im Idealfall allen demokratischen Staatsbürgern, im konkret möglichen Fall allen Funktionsträgern der Demokratie eine allgemeine Übersicht über den Entwicklungsstand und die Auswirkungen der derzeitigen Wissenssumme zu vermitteln, um falsche Weichenstellung mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit zu vermeiden.

Solches Wissen kann man sich nicht durch einmaliges Bemühen aneignen, auch wenn es sich über Jahre erstrecken würde. Denn: jedes Jahr kommen neue Erfahrungen, Erfindungen und Möglichkeiten dazu. Die Zeit derer, die heute mitverantwortliche Aufgaben wahrnehmen, reicht aber in den meisten Fällen nicht aus, um „up to date“ zu bleiben, um sich über das Neueste in allen Bereichen, die unser Zusammenleben beeinflussen, zu orientieren. Wer nur in der Freizeit demokratische Vertrauensämter wahrzunehmen hat, kommt kaum dazu, die wichtigsten der einschlägigen Zeitschriften zu lesen, geschweige die entsprechenden Bücher. Die Hauptamtlichen aber sollen ja nicht nur lesen und lernen. Man verlangt, daß sie etwas tun, daß sie ihr Wissen und ihre Erfahrung ständig anwenden und weitergeben. Sie sind in den meisten Fällen von ihren Aufgaben und Verantwortungen so gehetzt, daß sie sich nur in den allerseltensten Fällen auf dem neuesten Stand des Wissens halten können. Oft leben sie in der Gefahr, sich geistig lediglich von der Tagespresse zu ernähren. Muß dann die Folge nicht ein Zurückbleiben hinter der Entwicklung im ganzen, eine z. T. unverschuldete Sterilität und falsche Weichenstellung mangels besserer Einsicht sein? Und welche Auswirkungen haben diese Tatbestände hinsichtlich des Wettkampfes mit anderen politischen Systemen?

#### *Das Problem der Elite in der Demokratie*

In diesem Zusammenhang wird oft die Elitebildung als Ausweg genannt. Der Begriff „Elite“ hat für alle, die aus der Arbeiterbewegung kommen, einen etwas anrühigen Geschmack, weil zuviel Mißbrauch mit diesem Begriff getrieben wurde. Wenn man überhaupt einen solchen Begriff akzeptieren will, dann bleibt für die pluralistische Demokratie nur die Feststellung, daß es nicht *eine* Elite, sondern „Eliten“ gibt, denn wir finden nicht nur im politischen, sondern auch im ökonomisch-technischen und im kulturellen Bereich Sachautoritäten, die sich durch mehr Wissen, mehr Können, mehr Leisten, ein größeres Verständnis für die Probleme anderer, ausgeprägte Verantwortungsbereitschaft und dominierenden Freiheitswillen auszeichnen. Solange wir in einer Zeit der Selbstentfremdung des Menschen leben und die Mehrheit durch negative Umwelteinflüsse von Selbstenfaltung und Selbstverwirklichung abgehalten wird, nimmt es nicht wunder, daß aktive Minderheiten hervortreten und sich, verursacht durch günstige äußere und innere Bedingungen, Aufgaben auf die Schultern laden, die eigentlich von allen getragen werden sollten.

## LEHRDIENST STATT WEHRDIENST?

Wo sich in der Demokratie aktive Minderheiten auszeichnen, ist es wichtig, daß sie — welchen Namen man ihnen auch geben mag — keine Privilegien genießen, daß sie nicht von den Massen isoliert werden und daß es ihr Ziel bleibt, möglichst viele reif zu machen, irgendeiner aktiven Minderheit anzugehören, um dadurch aus vielen aktiven und verantwortungsbewußten Minderheiten zielklare und humanwirkende Mehrheiten zu bilden. Die Idealvorstellung von Führung und Geführtwerden liegt in der Demokratie nicht nur in der Auswechselbarkeit der Funktionen zwischen aktiver Regierung und kontrollierender Opposition, sondern auch noch in einem anderen Wechsel: In einer Selbstverwaltungsgemeinschaft wird eine Personengruppe wirksam, solange z. B. gerade ein Sachgebiet ansteht, indem sie Sachautorität ist, also etwa in einem ökonomisch-technischen Bereich. Hier sind alle anderen die geführte, aber kontrollierende Mehrheit. Wechselt das anstehende Sachgebiet, z. B. hinüber in irgendeinen geistig-kulturellen Bereich, so tritt eine neue kompetente Personengruppe in den Vordergrund, die so lange als Führung anerkannt wird, als sie wirksam ist. Mit wechselndem Sachgebiet wechseln auch die jeweils führenden Sachautoritäten, so daß in dieser leicht überschaubaren Selbstverwaltungsgemeinschaft jede geistig-manuelle Personengruppe einmal in der aktiven Führungsposition, in den anderen Fällen in der kontrollierenden Mehrheit der Geführten liegt. Trotz differierenden Veranlagungen und Ausbildungen wird von allen eine allgemeine Übersicht über das Ganze und Kooperationswille sowie Verantwortungsbereitschaft verlangt. Von solchen Idealmodellen, die von manchen Jugendgruppen in kühner Vorwegnahme kommender Wirklichkeiten bereits mit Erfolg praktiziert werden, ist die gesamte gesellschaftliche Realität allerdings noch weit entfernt. Es kommt jedoch darauf an, in dieser Richtung wirksam zu werden und immer mehr Zellen aktiven demokratischen Lebens gegen die vom modernen Produktionsprozeß und den dazu gehörenden Mächten erzeugte Gefahr der Nivellierung und Gleichschaltung und des Konformismus aufzubauen.

### *Ein realisierbarer Lösungsvorschlag*

Wenn wir davon ausgehen, daß - bedingt durch die Entwicklung der Waffentechnik und die mögliche Verständigung der beiden Weltmächte hinsichtlich der Abrüstung - in Zukunft die Kämpfe zwischen unterschiedlichen politischen Systemen im technisch-ökonomischen Wettstreit und im geistig-ideologischen Bereich ausgetragen werden, dann wird es allerhöchste Zeit, den demokratischen Substanzverlust und die Entpolitisierungstendenzen wie auch die Gefahr politischer Sterilität aufzuhalten; die politische Bildung im allgemeinen, die geistige „up to date“-Haltung der aktiven Minderheiten im Speziellen aber zu fördern.

Mit dem gleichen Recht, mit dem der Staatsbürger gegen die äußeren Feinde der Demokratie zum Wehrdienst mit später folgenden Waffenübungen einberufen wird, müßte er nach Abschluß der allgemeinen Schulbildung zu einer Art „Lehrdienst“ herangezogen werden, um gegen die inneren Feinde der Demokratie, aber auch zur politischen Diskussion mit den äußeren politischen Gegnern der Demokratie genügend geistig ausgerüstet zu werden. Die herkömmlichen Methoden der politischen Bildung reichen nicht aus, um eine durchgreifende Bewußtseinsbildung zu gewährleisten, die zur Meisterung der Demokratie notwendig ist und die drohende Verkehrung der Bundesdemokratie Westdeutschlands in eine verschleierte Diktatur und den ideologischen Angriff von außen aufhalten kann. Die Idealvorstellung wäre, wenn jeder Staatsbürger einmal im Jahr aus dem Produktionsprozeß oder seiner sonstigen Tätigkeit herausgenommen werden könnte, um für vier Wochen in einer Heimvolkshochschule von ersten Fachleuten auf den neuesten Wissensstand und zu dessen Auswirkungstendenzen gebracht zu werden, damit er seine ihm vom Grundgesetz zugeordneten Aufgaben und Verantwortungen als demokratischer Staatsbürger auch wirklich erfüllen kann.

Dabei geht es nicht allein um Wissensvermittlung und Übung des Kritikvermögens, sondern auch um Übung demokratischer Modellsituationen, damit demokratische Haltung und demokratisches Bewußtsein in gleicher Weise ausgebildet werden.

Obwohl die gesellschaftliche Entwicklung einen Punkt erreicht hat, wo das Fehlen von demokratischen Tugenden und entsprechendem Bewußtsein (wie in der Bundesrepublik leider der Fall) tödliche Folgen haben kann, wäre es unrealistisch, wollte man annehmen, die oben geschilderte Idealvorstellung sei bei den gegenwärtigen machtpolitischen Verhältnissen in absehbarer Zeit zu verwirklichen. Aber eine Übergangslösung wäre sicher jetzt schon realisierbar.

Da der allgemeinen Erziehung stets die Erziehung der Erzieher vorausgehen muß, sollte man zunächst den sogenannten Multiplikatoren die Gelegenheit geben, sich ganzheitliche Überblicke zu verschaffen. Kräfte also, die bereits in bestimmten gesellschaftlichen Funktionen tätig sind, z. B. Politiker, Parteisekretäre und Vertrauensleute, Gewerkschafter, Geistliche, Dozenten, Journalisten, Lehrer, Jugendfunktionäre, die aber durch ihre spezialisierte Tätigkeit oder Arbeitsüberlastung nicht dazu kommen, sich geistig und politisch auf dem neuesten Stand zu halten, sollten durch Akte der Bundes- oder Ländergesetzgebung und Schaffung entsprechender materieller Voraussetzungen für eine noch festzulegende Zeit pro Jahr in eine Heimvolkshochschule delegiert werden, bzw. die Möglichkeit erhalten, an solchen Lehrgängen teilzunehmen.

Der Gesetzgeber zögerte nicht, die Ausbildung der nach außen gerichteten Verteidigungsfähigkeit mit der Waffe per Bundesgesetz zu regeln, als es ihm erforderlich und nützlich schien. Diesen Präzedenzfall darf man nun auch bei der Mobilisierung des Geistes heranziehen. Sollte sich der Bund im Sinne des positiven Verfassungsschutzes, der dem Bundesjugendplan und der Bundeszentrale für Heimatdienst zugrunde lag, nicht kompetent fühlen, so wäre es Aufgabe der in Sachen Kultus hoheitlichen Länder, entsprechende Gesetze zu schaffen. Auch hier gibt es bereits einige Präzedenzfälle, die geeignet sind, formaljuristische Bedenken zu zerstreuen, nämlich die Jugendleiterurlaubsgesetze (die übrigens auch so etwas wie demokratischen Kaderschutz darstellen — zu Recht!). Es wären Kuratorien zu berufen, die aus Vertretern aller demokratischen Institutionen zusammengesetzt sind, z. B. Regierung, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten usw. Deren Aufgabe wäre es, entsprechende Lehrkörper zu berufen, die imstande sind, das jeweils neueste Wissen von Mensch und Welt mit einer permanenten Analyse unserer Gesellschaft zu verknüpfen. Ein parteipolitisches oder •weltanschauliches Geschäft sollte damit nicht gemacht werden. Wo unvereinbare politische Meinungen neben möglichst objektiven wissenschaftlichen Darstellungen vorhanden sind, müßten diese sauber nebeneinandergestellt und der Beurteilung der jeweils in politischer und beruflicher Hinsicht gemischt zusammengesetzten Kursanten überlassen bleiben.

Ansätze zu einem derartigen System von Delegationen in Heimvolkshochschulen gibt es bereits. Das Ganze aber müßte aus den gegenwärtigen Zufälligkeiten herausgenommen und zu einer bewußten Maßnahme zum Schutze und zum Ausbau der Demokratie konzipiert werden. Dann würde es mit Sicherheit nicht mehr der Fall sein, daß die kommunistischen Funktionäre mit schlagenden Argumenten fragwürdige Sachen verteidigen und die Demokraten mit unzureichender Argumentation gute Dinge. Dann wäre zunächst eine aktive Minderheit auf den geplanten, gezielten und verantwortbaren Eingriff in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß und dessen Steuerung zu humanen Zielsetzungen vorbereitet. Und dafür lohnte sich der Aufwand.